

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Mag. Ulrike Nittmann (FPÖ) und Ing. Udo Guggenbichler, MSc (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Steuer- und Gebührensenkung

Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt erwirtschaftet die Gemeinde Wien aus den kommunalen Gebühren Millionen an Überschüssen, die zum Stopfen von Budgetlöchern herangezogen werden wie auch bereits der Rechnungshof festgestellt hat und somit als illegale Steuern zu titulieren wären. Auch der Gebührenspiegel zum Budget-Voranschlag zeigt regelmäßig diese Überschüsse auf.

Die SPÖ hat bereits vor der Pandemie 500.000 Wiener in die Armut getrieben. Jetzt werden die städtischen Gebühren, die Gemeindebaumieten, die Bäderpreise, die Parkgebühren usw. zum Teil mehrmals im Jahr in die Höhe getrieben, die nächsten Erhöhungen werden bald folgen. Die arbeitende Bevölkerung wird massiv belastet, während im Gegenzug Sozialzuwanderer und Personen mit gültigem Ausreisebescheid Mindestsicherung erhalten und Unsummen über Kulturvereine in „Migrantencommunities“ gepumpt werden“.

Infolge der Corona-Epidemie, Steuergeldverschwendungen und Missmanagement wird diese halsbrecherische Entwicklung verstärkt, die Inflationsrate bleibt konstant hoch bei rund 10 Prozent, zehntausende Wienerinnen und Wiener kommen finanziell unter die Räder und können sich Wohnen, Energie oder Lebensmittel nicht mehr leisten. Daher ist es nicht nur nunmehr auch ökonomisch vertretbar, sondern geradezu eine Pflicht die Wienerinnen und Wiener finanziell zu entlasten, indem die Gemeinde Wien als auch die Bundesregierung Gebühren bzw. Steuern senkt.

Sogar Finanzstadtrat Hanke hat angesichts der Preisexplosion eine Halbierung der Umsatzsteuer auf Energie gefordert. Diese Forderung ist aber bei weitem nicht ausreichend und lässt die Stadt Wien als Hauptpreistreiber außen vor.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für

1. die Rücknahme der Verdoppelung der Fernwärmepreise,
2. die Rücknahme der Erhöhung der Gemeindebaumieten und für das Einfrieren auf dem Niveau von 2021,
3. eine echte Strompreisbremse für Wien,
4. die Rückzahlung des gesamten Gewinns der Wien Energie von 388 Millionen Euro an die Kunden,
5. die Rücknahme der städtischen Gebührenerhöhungen (Müll, Kanal, Abwasser),
6. die Rücknahme der Erhöhung der Parkgebühren,
7. die Rücknahme der Erhöhung der Bädereintrittspreise,
8. die Rücknahme der Erhöhung des Essengeldes in Schulen und Kindergärten,
9. ein Streichen der Wiener Netzgebühren für 2022 und 2023,
10. eine automatische Inflationsanpassung sämtlicher Familien- und Sozialleistungen, insbesondere der Pensionen, des Arbeitslosengeldes sowie der Familienbeihilfe und des Pflegegeldes,
11. entsprechende, die Inflationsrate ausgleichende Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer und
12. einen Preisdeckel bei Gas aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

